

DIE GRÜNE MAMBA

Zeitung der Stadtratsfraktion Die Grünen - rosa liste in München
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

DIE MÜNCHEN GMBH

Viele Leistungen der Stadt sind ohne die Stadtwerke GmbH nicht mehr denkbar - nicht nur die Energie- und Wasserversorgung

Viele Städte haben in den letzten Jahren Einrichtungen der Daseinsvorsorge an private Unternehmen verkauft. München ist einen anderen Weg gegangen.

Auch in finanziell schwierigen Zeiten hat München darauf verzichtet, sein „Tafelsilber“ zu verscherbeln. Großstädte wie Hamburg, Berlin, Essen oder Düsseldorf haben zentrale Teile ihrer Versorgungsbetriebe an kapitalkräftige Großunternehmen verkauft. In München sind die Versorgung mit Energie und Wasser, der öffentliche Nahverkehr, aber auch die Krankenhäuser und Wohnungen für Geringverdiener zwar auch in private Rechtsformen überführt worden. Doch die Stadt hat nach wie vor die Kontrolle über ihre Unternehmen, die sich zu 100 % in städtischer Hand befinden. Das größte und wichtigste, die Stadtwerke GmbH (SWM), ist mittlerweile mit rund 7000 Beschäftigten (darunter rund 400 Auszubilden-

de) das größte kommunale Unternehmen in Deutschland.

Bis 1998 waren die Stadtwerke ein städtischer Eigenbetrieb - also ein behördlicher Betrieb -, dann wurden sie in die privatrechtliche Struktur einer GmbH überführt. Die Rechtsformänderung gab den Handlungsspielraum für dringend notwendige Struktur- und Prozessanpassungen, um aus dem etwas unbeweglichen Apparat ein flexibles, markt- und konkurrenzfähiges Unternehmen zu machen.

Das hatte Erfolg: Noch 1995 wies die Bilanz der SWM einen Jahresverlust von 135,3 Millionen DM aus, d.h. der Betrieb war auf Zuschüsse der Stadt angewiesen. 2004 machte die SWM bereits einen Reingewinn von 59,8 Millionen Euro. Seit einigen Jahren gehört die SWM zu den größten Gewerbesteuerzahlern Münchens. Inzwischen ist der SWM-Konzern mit einem Umsatz von 2,95 Milliarden Euro (2004) nach E.ON, RWE, EnBW, Vattenfall und EWE der sechstgrößte Energieversorger in Deutschland und zählt zu den 100 größten deutschen Industrieunternehmen.



Bis zum Jahre 2004 war die SWM in drei Gesellschaften aufgeteilt: SWM Muttergesellschaft, SWM Versorgung (Energie) und MVG (Verkehrsgesellschaft). Dann machten die sog. EU-Beschleunigungsrichtlinien eine Umstrukturierung (Legal Unbundling) notwendig. Ziel der EU war es, einen diskriminierungsfreien Netzzugang und eine höhere Transparenz bei den Netzdurchleitungsentgelten herzustellen, die Richtlinie sah daher eine Entflechtung des Netzbetriebs von Handel, Vertrieb und Erzeugung vor.

Was drin ist

Seite

<i>Eine Brücke aus Kohle.....</i>	<i>5</i>
<i>Öko-Camouflage.....</i>	<i>7</i>
<i>Töchter und Enkelinnen.....</i>	<i>8</i>
<i>MVG- Die Verkehrstochter.....</i>	<i>9</i>
<i>Stromsperrungen.....</i>	<i>12</i>
<i>Integrationskonzept.....</i>	<i>14</i>
<i>Schule für Eltern.....</i>	<i>15</i>

Bei der Muttergesellschaft SWM GmbH sind jetzt die Geschäftsfelder Kaufmännischer Dienst, Angebotsplanung und Investitionen angesiedelt. Die SWM Versorgungs-GmbH betreut den Geschäftsbereich Netze, die Service GmbH die Geschäftsfelder Erzeugung, Technischer Service, Mess- und Abrechnungsservice und Telekommunikation und die MVG ist zuständig für die Verkehrsleistungen.

Komplexe Beteiligungsstruktur

Darüber hinaus ist die SWM an zahlreichen weiteren Gesellschaften beteiligt, was die Struktur des Unternehmens zu einer durchaus komplexen Angelegenheit macht (eine Übersicht über die wichtigsten Beteiligungen ist auf Seite 8 abgebildet). Einige Beispiele:

Die Bayerngas befasst sich mit der Errichtung, dem Erwerb oder der Pacht von Gasfernleitungen, dem Bezug, der Speicherung, der Weiterleitung und der Lieferung von Gas an Gasversorgungsunternehmen.

Citiworks handelt mit Energie (Strom und Gas).

M⁴net-Telekommunikation hat die Aufgabe Telekommunikationsdienstleis-

tungen zu erbringen, ihr Hauptprodukt ist Maxi DSL.

Mit der Gesellschaft Solardach Riem wurde eine 1 Megawatt-Photovoltaikanlage auf dem Dach der neuen Messe Riem errichtet und betrieben.

Mit der Gesellschaft zur Förderung des Ökologischen Landbaus im Mangfalltal wollen die SWM die hohe Wasserqualität sichern, indem sie im Einzugsgebiet der Wassergewinnung den ökologischen Landbau finanziell fördern. Die Wasserkraftanlage Praterwehr, ein Gemeinschaftsprojekt mit Green City Energie trägt zu einem weiteren Ausbau der Stromeigenerzeugung aus Wasserkraft bei.

Ein Drittel des von der SWM erzeugten Stroms stammt aus dem Kernkraftwerk Isar 2 in Ohu bei Landshut, an dem die SWM mit 25 % beteiligt sind (die restlichen Anteile hält E.ON).

Neben ihrem Kerngeschäft engagiert sich die SWM seit kurzem auch im Bereich Infrastrukturleistungen für die Stadt. Vor allem zwei große Projekte haben in München Schlagzeilen gemacht, das Stachusbauwerk und der Olympiapark. Die Stadtwerke übernehmen zunächst das Stachusbauwerk über einen Erbbaurechtsvertrag mit der Landeshauptstadt München.

Im Stachusbauwerk, bis dahin vom

Kommunalreferat verwaltet, standen drei Jahrzehnte nach der Inbetriebnahme gravierende Investitionen an, um den Brandschutz und die Technik zu modernisieren. Da die Stadt die erforderlichen Mittel in einer Größenordnung von 50 bis 100 Millionen Euro nicht aufbringen konnte, wurde das Bauwerk nach einem erfolglosen Investorenwettbewerb an die SWM übergeben, die den Stachus bis 2010 generalisieren werden

Stachus und OMG: Die SWM ist dabei

Als zweites großes Projekt haben die Stadtwerke, wieder per Erbbaurechtsvertrag, das Gebäude – und Arealmanagement der Olympiapark GmbH übernommen (gleichfalls eine 100 %ige Tochter der Stadt). Der technische Betrieb und Unterhalt, sowie die Weiterentwicklung der Infrastrukturanlagen liegen jetzt in der Hand der SWM. Im Rahmen dieser Kooperation soll die SWM alle Modernisierungsmaßnahmen in und um die Olympiahalle, sowie die dringend erforderliche Errichtung einer kleinen Olympiahalle durchführen. Auch die Olympiaschwimmhalle wird übernommen und in ihre Bäderlandschaft integriert. Die SWM können

DAS MANAGEMENT DER STADTWERKE GMBH



Dr. Kurt Mühlhäuser, Vorsitzender der Geschäftsführung, begann seine Karriere als Assistent in der SPD-Stadtratsfraktion. Er leitet die SWM seit 1995, als sie noch ein städtischer Eigenbetrieb waren und maßgeblich die Umwandlung in eine GmbH voran.



Stephan Schwarz, Geschäftsführer Versorgung, ist für die Energieerzeugung der SWM verantwortlich. Mit seinem Namen sind der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und des Fernwärmenetzes in München verbunden - aber leider auch die mageren 4 % Strom aus regenerativen Energien.



Herbert König, Geschäftsführer Verkehr, ist als MVG-Chef für U-Bahn, Busse und Tram zuständig. Da dies ein defizitärer Unternehmensbereich ist, ist seine Position im Konzern nicht immer einfach. Streitet häufig mit Mühlhäuser um die Eigenständigkeit der MVG.



Reinhard Büttner, Geschäftsführer Personal und Soziales, steht bei Tarifverhandlungen regelmäßig im Brennpunkt. Viel zu verteilen gab es in den letzten Jahren nicht, aber als ehemaliger ÖTV-Chef von München kennt Büttner „beide Seiten des Tisches“ aus eigener Erfahrung.



Dr. Florian Bieberbach ist erst vor kurzem als kaufmännischer Geschäftsführer in die Konzernspitze aufgerückt. Der Einsenkgymnasiast und ehemalige Münchner Juso-Chef gilt trotz seines jugendlichen Alters (33) als Kandidat für die Nachfolge von Kurt Mühlhäuser.

Fotos: SWM

Liebe Leserinnen und Leser,

eines wollen wir lieber vorwegnehmen: Eine Abhandlung der Frage, wer denn nun für die Münchner Grünen als OB-KandidatIn ins Rennen geschickt wird, werdet Ihr in diesem Heft vergeblich suchen. Diese Konkurrenz findet in den kommerziellen Medien und den Gremien der Partei statt - hier in der Fraktion befassen wir uns, jawohl, mit Sachthemen!

Dies können wir um so ruhiger und konzentrierter tun, als wir sicher sein können, dass jedeR der (bisher) drei BewerberInnen das Zeug dazu hat, dieses Amt auszufüllen. Ja, so komfortabel ist unsere Personalsituation, dass wir tatsächlich alle drei Bürgermeisterposten besetzen könnten, die die Stadt zu vergeben hat - wenn man uns nur ließe.

So wenden wir uns dann bedeutenderen Zukunftsfragen zu: Wie können die Stadt und ihre Allzweck-GmbH, die Stadtwerke, mehr zum Klimaschutz und zur sonstigen allgemeinen Wohlfahrt beitragen?

Mit einer gewissen Erleichterung blicken wir daher auf die letzte grüne Bundesversammlung, wo der in München eingeschlagene Kurs bestätigt wurde: Energiegewinnung aus Kohle ist für die Grünen kein Tabu, wenn es sich um moderne Kraftwerke mit hoher Effizienz handelt - wenigstens solange, bis die Entwicklung der erneuerbaren Energien noch weiter fortgeschritten ist.

Und noch eine Entscheidung haben wir mit Erleichterung aufgenommen: Das blassgrüne Neu-Logo ist auf der Strecke geblieben. Es war so bleich wie eine Partei niemals werden darf, ganz besonders nicht in der Opposition.

Schade aber, dass damit auch der Versuch gescheitert ist, das Bündnis 90 im Parteinamen langsam wegzuschlupfen und damit nachzuziehen, was sich bei jeder Wahl in den neuen Bundesländern manifestiert. Das Festhalten an diesem historischen Datum wird mit jedem Jahr fragwürdiger - frühestens 2089 wird es wieder aktuell sein.

Markus Viellvoye

diese Maßnahmen kostengünstiger durchführen, weil sie als Infrastrukturdienstleister über das technische und personelle Know-how verfügen. Die Olympiapark GmbH wird sich künftig völlig auf ihr Geschäftsfeld Veranstaltungsmanagement konzentrieren.

Das Kerngeschäft: Energie und Wasser

Im Jahr 2005 hat die SWM in ihren eigenen Kraftwerken ca. 7700 GWh Strom erzeugt, davon wurden ca. 7500 GWh im Münchner Netz verbraucht. Der Ökostromabsatz liegt bei 280 GWh, der größte Teil davon wird ins normale Netz eingespeist. Ins Münchner Netz werden unter dem Markennamen M-Natur lediglich 28 GWh abgesetzt.

Betrachtet man den gesamten Stromabsatz von 8600 GWh (2005) hat die SWM also einen hohen Anteil an Stromeigenerzeugung und einen entsprechend geringen Anteil an Fremdbezug – ein Vorteil, wenn es, wie erst Anfang November, zu großräumigen Stromausfällen kommt. Dann kann die SWM einfach ihre Kraftwerke hochfahren und die Auswirkungen des Blackouts zumindest dämpfen. In Zukunft will die SWM ihre Stromeigenerzeugung daher weiter ausbauen. Für München werden zwar keine hohen Verbrauchszuwächse prognostiziert, doch der Stromhandel garantiert Gewinne.

Ca. 50% der Münchner Haushalte beziehen Erdgas. Gasbeschaffung, Absatz und Handel erledigt die Bayerngas GmbH. Über das 4500 km lange Leitungsnetz der Infrastruktur GmbH wird das Gas dann an die Endkunden der SWM verteilt.

Den Handel mit Gas erledigt wiederum eine eigene Gesellschaft – „Actogas“, die die Aktivitäten der Bayerngas und der Citivorks koordiniert. Fernwärme wird hauptsächlich im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess erzeugt und summiert sich zu fast 4400 GWh.

Der Absatz von Wasser beläuft sich auf 91 Mio. m³, die Münchner verbrauchen jährlich rund 100 Milliarden Liter. Das entspricht einem Jahresverbrauch von ca. 94 m³ für einen 2-Personenhaushalt. 2001 betrug der Absatz noch 98 m³, was für einen sinkenden Wasserverbrauch und einen sparsameren Umgang mit Wasser spricht. 80% des Wassers kommt aus dem Mangfalltal. Bei

den Trinkwasserkosten schneidet München im Vergleich mit anderen Großstädten sehr gut ab - München hat mit Abstand die günstigsten Preise.

Die Umsatzerlöse im Bereich der Bäder sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Dies ist insbesondere eine Folge des vom Stadtrat 1996 beschlossenen Bäderkonzeptes: Rund 120 Millionen Euro wurden seitdem in den Neu- und Ausbau sowie in die Generalsanierung der Münchner Bäder investiert. Die Besucherzahlen stiegen von 2,5 Millionen im Jahr 1996 auf über 3,5 Millionen im Jahr 2004.

Die M-net Telekommunikations GmbH versorgt als regionaler Netzbetreiber die Großräume München, Nürnberg und Augsburg mit Kommunikationstechnologie. An das Netz angeschlossen sind viele weitere bayerische Städte in Bayern. Die Anzahl der Kunden betrug im ersten Halbjahr 2006 16.000 Geschäftskunden und 125.000 Privatkunden, der Umsatz beläuft sich auf 140 Mio. Euro. M-Net ist Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes und baut ein Hochgeschwindigkeitsnetz von rund 3500 km Länge aus.

Kosten und Kundenservice

In der jüngeren Vergangenheit hatte die SWM in den Medien einen schweren Stand. Grund dafür waren vor allem die steigenden Strom- und Gaspreise, aber auch Kritik am mangelhaften Kundenservice.

Die Liberalisierung des Strommarktes hat bisher nicht zu günstigeren Strompreisen geführt, noch immer werden die Preise von wenigen Großunternehmen diktiert. Die SWM liegen im Vergleich zu großen Stromanbietern bundesweit aber im Mittelfeld der Preisgestaltung. Die Gaspreise dagegen haben sich wegen der Ölpreisbindung in den letzten zwei Jahren dramatisch erhöht. Ein weiterer Anstieg ist aufgrund der Ressourcensituation und der weltweit steigenden Nachfrage zu befürchten. Von dem Anstieg profitieren vor allem die Produzenten, die örtlichen Gasversorger als Endverteiler geben die erhöhten Preise nur an die Kunden weiter. Die SWM liegen im bundesweiten Vergleich der Großstädte bei der Preisgestaltung im unteren Drittel mit 5,92 ct/kWh.

Serviceoffensive

Der Kundenservice der SWM gab in den letzten 2 Jahren immer wieder Anlass zu Beschwerden: Abrechnungsfehler, und fehlende Kooperation sorgten für negative Schlagzeilen. Bei einer Bewertung des Servicelevels verschiedener Energieunternehmen durch die Zeitschrift Capital landeten die SWM auf dem vorletzten Platz.

Die SWM haben vor einigen Monaten mit einem Konzept zur Verbesserung des Kundenservices reagiert. Eine personelle Verstärkung des Servicecenters, Mitarbeiterschulungen und die Professionalisierung des Beschwerdemanagements sollen die Antwortzeiten bei Schriftverkehr und die Bearbeitungsfristen von Kundenanliegen verkürzen. Sogar eine Servicegarantie gibt es jetzt: Eine Reihe wichtiger Serviceleistungen wie z.B. An- und Abmeldung nach Umzügen und Fragen zu Tarifen oder Abrechnungen werden jetzt innerhalb von 14 Tagen bearbeitet – dauert es länger, gibt es einen Gutschein über 5 Euro. Die Anzahl der Beschwerden ist in den letzten Monaten zurückgegangen, es bleibt aber abzuwarten, ob sich dies auch in der Zukunft so darstellt.

Stadt und Stadtwerke

Die Beziehungen zwischen der LH München und den Stadtwerken sind komplex. Die wichtigsten Grundlagen sind in einem Gesellschaftsvertrag und einem Kooperationsvertrag geregelt,

wo auch die Unternehmensziele in den Bereichen Energie, Verkehr und Wasser festgeschrieben wurden.

So sind etwa der vermehrte Einsatz regenerativer Energieträger, die Sicherung eines möglichst hohen Anteils der Strom- und Wärmeproduktion im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess und der Verzicht auf aus Kernenergie stammenden Strom vertraglich geregelte Ziele. Im Wasserbereich hat sich die Stadt für ihr Unternehmen SWM qualitativ hochwertiges Wasser und den Ausbau der ökologischen Bewirtschaftung im Wassereinzugsgebiet zum Ziel gesetzt. Ziele im Verkehrsbereich sind eine hohe Attraktivität des ÖPNV, Optimierung der U-Bahn-, Tram- und Busverbindungen, hohe Pünktlichkeitsstandards, behindertengerechte Ausstattung. Alle diese Zielvorgaben werden jedes Jahr in einem effektiven Leistungscontrolling überprüft, das dem Stadtrat vorgelegt wird.

Die Finanzbeziehungen zwischen der LH München und der SWM sind durch das so genannte Münchner Modell geregelt. Danach führen die SWM ihren Jahresgewinn an die Stadt ab, erhalten aber von der Stadt den Betrag der Gewinnabführung, der eine Verzinsung des Eigenkapitals von 4 % übersteigt, als Kapitaleinlage zurück. Die Zahlungen von Konzessionsabgaben an die Stadt werden seit 2006 nicht mehr in die Regelung miteinbezogen, d.h. diese Gelder verbleiben bei der Stadt und sorgen für zusätzliche Einnahmen. Im Jahre 2007 wird eine Gewinnausschüttung von ca. 61. Mio. Euro, 2008 von

63 Mio. Euro erwartet. Zusammen mit der Konzessionsabgabe wird die Stadt ca. 150 Mio. • erwarten können.

Blick in die Zukunft

Die Stadtwerke werden in Zukunft sowohl im Gas- als auch im Strombereich verstärktem Wettbewerbsdruck ausgesetzt sein. Dazu kommen Einnahmeverluste durch eine Reduzierung der Netznutzungsentgelte (für das eigene Netz) durch die Bundesnetzagentur.

Um weiterhin als wirtschaftlich erfolgreiches kommunales Unternehmen auf dem Markt bestehen zu können, aber auch um Investitionen in ökologische Maßnahmen zu finanzieren, wollen die SWM ihre Eigenerzeugung sowohl im Wärme- als auch im Strombereich weiter ausbauen. Denn hier sind Gewinne zu erzielen. Konkret bedeutet dies, in die „vorgelagerten Wertschöpfungsstufen“ einzusteigen, d.h. sich an der Produktion und dem Vertrieb von Gas zu beteiligen, nicht nur als zwischengeschaltete Endverteiler des Gases an die Kunden. Darüber hinaus ist es auch sinnvoll, sich von den wenigen auf dem Weltmarkt agierenden Monopolisten (z.B. Gasprom) unabhängiger zu machen. So werden sich die Stadtwerke über die Bayerngas an der Gasförderung in Norwegen beteiligen.

Auch die Beteiligung an einem Kohlekraftwerk muss nicht zuletzt in diesem Zusammenhang betrachtet werden: sie ermöglicht den lange vergeblich eingeforderten Ausbau der regenerativen

Energien. Hier liegt die energiepolitische Zukunft der Stadtwerke. Stromerzeugung aus Steinkohle kann nur als Brücke zur Kompensation des wegfallenden Atomstroms verstanden werden.

Als Grüne wollen wir die Stadtwerke als kommunales Unternehmen erhalten, stärken und eine ökologischere Richtung geben. Die kommunale Daseinsvorsorge zu sichern und ihr schrittweise Nachhaltigkeit zu verleihen, ist und bleibt ein bedeutendes Ziel grüner Politik.

*Lydia Dietrich
Mitglied im Aufsichtsrat der SWM.*

Absatz und Umsatz der SWM (Erlöse in Tausend Euro)				
	Absatz 2005	Umsatzerlöse 2005	Absatz 2004	Umsatzerlöse 2004
Strom (GWh)	23.611	1.440.655	17.280	1.056.976
Fernwärme (GWh)	4.481	265.296	4.121	210.885
Erdgas (GWh)	35.669	1.167.040	37.054	1.016.573
Wasser (Mio. m²)	91	119.496	94	123.010
Bäder (Tsd. Besucher)	3.312	13.676	3.469	14.159
Verkehr (Mio. Nutzkilometer)	11.775	308.635	11.726	287.114
Telekommunikation		117.138		100.771
Sonstige		158.434		139.785
		3.590.370		2.949.273

EINE BRÜCKE AUS KOHLE

Die SWM wollen den Wegfall des Atomstroms mit Kohle auffangen - Die Grünen stimmen zu: als Brücke zum massiven Ausbau erneuerbarer Energien

Nach zähem Ringen haben wir die SWM endlich auf den Zug der erneuerbaren Energien gesetzt. Es bleibt allerdings ein fader Beigeschmack: Den Ausbau der regenerativen Energien auf mindestens 20 % der Eigenstromerzeugung bis 2020 mussten wir mit der Zustimmung zur Beteiligung der SWM an einem Kohlekraftwerk erkaufen. Das war der Deal - aber trotz der Kröte das ökologisch und ökonomisch Richtige.

Es war schon ein großer Frust für uns Grüne in den letzten Jahren mit den Münchner Stadtwerken. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien bewegte sich, wenn überhaupt, nur im Schnecken-tempo. Zwar begannen die SWM mit dem Einstieg in die Geothermie, aber andere erneuerbare Energieträger, außer ein paar Solaranlagen im Rahmen von M-Natur wurden lange beharrlich abgelehnt. Jede grüne Initiative, jedes Gespräch mit Herrn Dr. Mühlhäuser und Herrn Schwarz (SWM-Geschäftsführer des Bereichs Versorgung und Technik) endete mit dem Hinweis auf das große Engagement der SWM bei M-Natur-

Strom - und ein weiteres Engagement neben der Geothermie sei wirtschaftlich nicht vertretbar. Diesem Kurs ist die SPD auch immer bereitwillig gefolgt, wir Grüne bekamen höchstens mal ein Zuckerl hingeworfen.

Auch der Beschluss des Stadtrats zur Studie des Ökoinstituts „Kommunale Strategien zur Reduzierung der CO₂-Emissionen um 50 %“ im Jahr 2005 hat die SWM wenig beeindruckt. Obwohl die Studie den „Einsatz von Biobrennstoffen durch die SWM und Förderung der Biogaseinspeisung“ empfiehlt, fühlten sie sich nicht angesprochen: Biomasse als Energieträger sei zu teuer und bringe nicht die nötigen Renditen lautete die Standardantwort – also weiter mit „business as usual“. Heute beträgt der Anteil der Erneuerbaren an der Eigenstromerzeugung der SWM erst magere 4,6 % - und davon ist das meiste Wasserkraft. 10 % sind es im Bundesdurchschnitt. Eine dürftige Bilanz nach über 16 Jahren rot-grüner Zusammenarbeit in München!

Wir haben uns die Entscheidung, der Investition in ein Kohlekraftwerk zuzustimmen nicht leicht gemacht, denn der CO₂ Ausstoß ist erheblich. Doch die Situation barg eine historische Chan-

ce: Weil die SWM unsere Zustimmung brauchten, konnten wir Forderungen stellen. Die Aussicht, die Stadtwerke endlich in die richtige Richtung zwingen zu können, gab den Ausschlag.

Ene energiepolitische Wende

Es ist eine Wende. Die SWM werden den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Eigenstromerzeugung bis 2020 auf mindestens 20 % steigern. Ausgehend von einem Stromverbrauch von 7,4 TWh im Jahre 2005 in München (inklusive des Kernkraftanteils) entspricht das mindestens 1,5 TWh im Jahr 2020. Nicht eingerechnet in die 20 % wird der von Fremdeinspeisern (z.B. privaten Solar- oder Biogasanlagen) in das Netz der SWM eingebrachte Anteil an Strom aus regenerativen Quellen, so dass der reale Anteil der Erneuerbaren im Münchner Netz im Jahr 2020 bei weit mehr als 20% liegen wird.

Obwohl die SWM gerade beim Ausbau der Geothermie und der Biomasse auch einen erheblichen Anteil an Wärme erzeugen und ins Fernwärmenetz einspeisen werden, wurde beschlossen, auch diese Wärme nicht auf die 20 % anzurechnen. Das erhöht den Anteil der Erneuerbaren insgesamt noch um einige Prozent.

Um genau zu klären, welches Potential die SWM im Bereich der Erneuerbaren Energien haben, haben die SWM auf unseren Vorschlag hin ein Gutachten beim Ökoinstitut in Freiburg in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse werden uns im Januar vorgestellt. Dann werden die SWM auch ihre ersten Vorschläge zur Umsetzung der 20 % machen. Neben dem Ausbau der Geothermie, wird vor allem der Bau eines Biomassekraftwerkes diskutiert.

Auf einer Reise des Umweltschutzausschusses nach Wien und Graz im Oktober haben wir ein 80 MW-Biomassekraftwerk besichtigt, das mit Holz befeuert wird. Herr Schwarz, der Chef der SWM-Kraftwerke, und zwei Herren von der Bayerischen Staatsforst GmbH haben den Stadt



Foto: SWM

Das Heizkraftwerk Süd an der Brudermühl/Schäftlarnstraße

rat auf der Reise begleitet. Erste Gespräche zwischen den möglichen Partnern haben schon stattgefunden. Ein Biomassekraftwerk mit ca. 40 MW wäre in München schon realisierbar, ebenso wie Beteiligungen an kleineren Biogasanlagen von Landwirten in der Umgebung von München. Neben der Nutzung der regenerativen Potentiale im Raum München stehen aber auch Beteiligungen an großen nationalen oder internationalen Projekten wie Off-Shore-Windparks oder Solarthermischen Kraftwerke im Raum. Wir werden in den nächsten Monaten unsere Vorstellungen zur Umsetzung der 20%-Strategie konkretisieren und in die Diskussion mit den Stadtwerken und der SPD einbringen.

Ersatz der Energie aus OHU

Neben dem Einstieg in die regenerativen Energien bleibt für uns Grüne natürlich der Ausstieg aus der Kernkraft ein wichtiges Ziel. Das Festhalten an diesem Ziel – unabhängig von Beschlüssen auf Bundesebene – war deshalb eine weitere wichtige Säule der Vereinbarung. Nach geltender Gesetzeslage wird das Kernkraftwerk Ohu II, an dem die Stadtwerke immer noch einen Anteil von 25 % halten, 2020 vom Netz gehen. Doch diese Energie – ca. 33 % der gesamten Eigenstromerzeugung der SWM – muss ersetzt werden. Und da ist der Haken: deutschlandweit besteht derzeit der Trend, wegfallende Kraftwerkskapazitäten durch neue Kraftwerke auf Kohle-Basis zu ersetzen. Die Planungen insbesondere für Steinkohlekraftwerke laufen auf Hochtouren. Die Weichen dafür hat Umweltminister Gabriel mit der Verabschiedung des neuen Allokationsplan zum Emissionshandel gestellt. Denn da ein Teil der Zertifikate nicht versteigert wurde, wie ausdrücklich für diese Handelsperiode erlaubt, sondern wieder an die Energieversorger verschenkt wurde, ist es bis 2012 ausgesprochen attraktiv in den Bau von Kohlekraftwerken zu investieren. Die Zertifikate kosten nichts und die Rendite bei Kohle ist sehr hoch. Eine fatale klimapolitische Entscheidung des Umweltministers! Die Münchner Stadtwerke GmbH steht im Wettbewerb mit den anderen Energieversorgern in Deutschland und

muss sich deshalb den Bedingungen des Marktes stellen. Andernfalls wäre ihr Überleben nicht gesichert, und das kann nicht im politischen Interesse der Stadt und auch nicht der Grünen liegen. Dann würden wir Strom und Wärme nur noch von EON oder Vattenfall beziehen und hätten keinen Einfluss mehr auf die Produktion.

KWK und Energieeinsparungen

Nach schwierigen Diskussionen haben wir uns daher entschieden, den Stadtwerken eine Beteiligung an Steinkohlekraftwerken zu ermöglichen, allerdings nur in der Höhe der derzeit vom Kernkraftwerk OHU II ins Netz eingespeisten Strommenge von insgesamt 3TWh.

Kraft-Wärme-Kopplung und ein entschlossenes Engagement im Bereich

der Energieeinsparung sind zwei weitere wichtige Bausteine, die von unserer Seite in die Verhandlungen eingebracht wurden.

Die konkrete Zustimmung zum Anteils-erwerb an einem Kraftwerk muss vom Stadtrat noch extra beschlossen werden. Die Voraussetzung für unsere Zustimmung ist dabei die räumliche und technische Möglichkeit, am Kraftwerk Wärme auszukoppeln. Im Gespräch sind zwei Steinkohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen, die diese Möglichkeit vorsehen. Mit Kraft-Wärme-Kopplung steigt der Wirkungsgrad eines Kohlekraftwerkes von 45 % auf maximal 80 %. Auch werden durch diese geplanten Kraftwerke kurz- bis mittelfristig alte Energieschleudern ersetzt. Das senkt den CO₂ Ausstoß bundesweit.

Uns geht es aber um die Kompensation der gesamten CO₂-Emissionen des neuen Kraftwerkes, die durch die bloße Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren nicht vollständig kompensiert werden. Deshalb wurde vereinbart, dass die SWM einen adäquaten Beitrag zur Energieeinsparung leisten werden. Dies wird entweder durch den Ausbau des SWM eigenen Energie-Einspar-Contracting geschehen oder durch den Aufbau eines Klimaschutzfonds, der zur Finanzierung von Energieeinsparmaßnahmen verwendet wird. Genaue Summen und Zahlen werden wir festlegen, wenn das konkrete Projekt im Stadtrat entschieden wird. Wir werden Wert darauf legen, dass die SWM hier ihren angemessenen finanziellen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die Stadtwerke haben die Dynamik der Erneuerbaren Energien lange verschlafen und die Chancen für die ökonomische und ökologische Entwicklung der Zukunft nicht ernst genommen. Diese Einsicht ist mittlerweile auch in der Cheftage der SWM gewachsen. Der Druck der Grünen und der zu erwartenden Veränderungen auf den Energiemärkten hat sie jetzt endlich in Bewegung gesetzt. Auch wenn der Preis hoch ist, den wir für die energiepolitische Wende in München zahlen, ist es die richtige Entscheidung. Denn nur der Weg in die Erneuerbaren, Energieeffizienz und das Einsparen von Energie werden langfristig die Klimaprobleme lösen. Die Alternative wäre Stillstand gewesen.

Sabine Krieger

Nachtrag:

Die EU hat am 29.11. den von Bundesumweltminister Gabriel eingereichten Nationalen Allokationsplan für die Handelsperiode 2008-2012 zurückgewiesen, obwohl Deutschland nach ersten Berichten über die mögliche Ablehnung des NAP II bei der Zuteilung der Emissionsrechte schon nachgebessert hatte. Die EU kritisiert vor allem die zu hohe Zuteilung an Verschmutzungsrechten und die Regelung, nach der die Betreiber neu gebauter und emissionsärmerer Kraftwerke für die nächsten 14 Jahre keine CO₂-Minderung vornehmen müssen. Gerade letzteres war immer ausschlaggebend für die Attraktivität in neue Kohlekraftwerke zu investieren. Bleibt die EU hart, stellt sich die Frage, ob die Investition unter den neuen Bedingungen in ein Kohlekraftwerk noch wirtschaftlich ist. Dies wollen wir mit einer Anfrage klären lassen.

Außerdem wird das Bundeskartellamt wahrscheinlich noch vor Weihnachten die Frage entscheiden, ob die Energiekonzerne die Emissionszertifikate als „Opportunitätskosten“ in ihre Preisberechnung einbuchten dürfen, obwohl sie sie kostenlos erhalten haben.

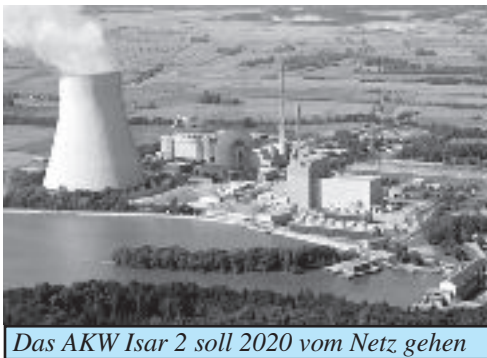
Vielleicht werden die Karten bald wieder neu gemischt.

ÖKO-CAMOUFLAGE

Wie die SWM schamhaft ihren Atomstrom verstecken

Seit Dezember 2005 sind die Energieversorger in Deutschland dazu verpflichtet, in ihren Rechnungen an die Verbraucher den Anteil der einzelnen Energieträger an ihrer Energieerzeugung aufzuführen. Kurze Zeit später verblüfften die Stadtwerke München GmbH ihre Kunden mit der Behauptung, der Kernkraftanteil an ihrem Strom, dem sogenannten M-Strom, betrage 0% (in Worten: null Prozent). Wie kann das sein, da die Stadtwerke GmbH doch einen 25 %igen Anteil am AKW Isar II besitzt und der damit erzeugte Strom über ein Drittel der von den SWM erzeugten Gesamtstrommenge ausmacht? Der prompten Anfrage von Grünen-Stadträtin Sabine Krieger folgte die prompte Antwort: Die Münchner Kunden der SWM erhalten ihren Strom nicht vom Gesamtkonzern, sondern von der SWM Versorgungs GmbH, und die wiederum bezieht den Strom von der SWM Service GmbH (natürlich alles 100 %ige Töchter der SWM), die im Stadtgebiet drei Heizkraftwerke im Kraft-Wärme-Kopplungsprozess, neun Wasserkraftwerke sowie mehrere kleinere Anlagen mit

regenerativer Energieerzeugung betreibt und ausreichend Strom erzeugt, um den Bedarf der Verbraucher in München zu decken. Über den eigenen Vertrieb, so die Mitteilung der SWM, wolle man „nur solche Elektrizität (zu) vermarkten, die aus umweltfreundlichen Anlagen erzeugt wird.“ Der Atomstrom aus Ohu wird also auf dem freien Markt verkauft, wie viel und an wen, kann man



Das AKW Isar 2 soll 2020 vom Netz gehen

nur mutmaßen – Geschäftsgeheimnis. Dass der in Ohu erzeugte Strom im Netz von Eon landet, zu dem es natürlich eine Kopplungsstelle mit dem Netz der SWM gibt, so dass der Atomstrom natürlich in München verbraucht wird – wen kümmert's? Schließlich kann man

es dem Strom ja nicht ansehen, wie er hergestellt wird.

Bei rechtem Licht betrachtet kann man es ja durchaus als Erfolg Grüner Politik werten, dass die Stadtwerke München GmbH versuchen, ihre Beteiligung am AKW Isar II in Ohu vor ihren Münchner Kunden zu vertuschen. So ungelegen kommt den stets um ein Öko-Image bemühten SWM der hohe Kernkraftanteil in ihrem Stromerzeugungsportfolio, dass sie ihn am liebsten totschweigen wollen. Wer auf der Website der SWM nach „Kernkraft“ sucht, landet null Treffer – „Kernkraft, was ist das?“ scheinen die SWM zu fragen.

Doch wer sich erinnert, mit welcher Hartnäckigkeit die Stadtwerke-Geschäftsführung über Jahrzehnte hinweg allen Bemühungen der Grünen widerstanden hat, die Beteiligung an Ohu abzustoßen und sich stattdessen bei erneuerbaren Energien zu engagieren, wird diese Art der Selbstdarstellung als ökologische Camouflage durchschauen.

Markus Viellvoje

MEHR EFFIZIENZ - WENIGER TRANSPARENZ

In den letzten Jahren hat die Stadt immer mehr Leistungen der Daseinsvorsorge von Behörden oder städtischen Eigenbetrieben an Unternehmen in privatrechtlicher Form – städtische GmbHs – übertragen. Diese GmbHs werden durch Aufsichtsräte gesteuert, in denen der Stadtrat vertreten ist. Da Aufsichtsräte nach GmbH-Recht nichtöffentlich tagen, fallen viele Entscheidungen, die früher im Stadtrat getroffen wurden, nun hinter verschlossenen Türen. Dies mag für Wirtschaftspläne von im Wettbewerb stehenden Unternehmen noch nachvollziehbar sein. Für Grundsatzbeschlüsse mit weitreichenden Folgen kann dies sicher nicht gelten. Nachdem in letzter Zeit einige Gerichtsurteile ergingen, die die Geheimhaltungspflicht von Aufsichtsräten genauer definiert haben, hat der Stadtrat für städtische Gesellschaften mit

fakultativem Aufsichtsrat (Gesellschaften mit weniger als 500 Beschäftigten; Gesellschaften mit mehr als 500 haben einen obligatorischen Aufsichtsrat) Folgendes beschlossen:

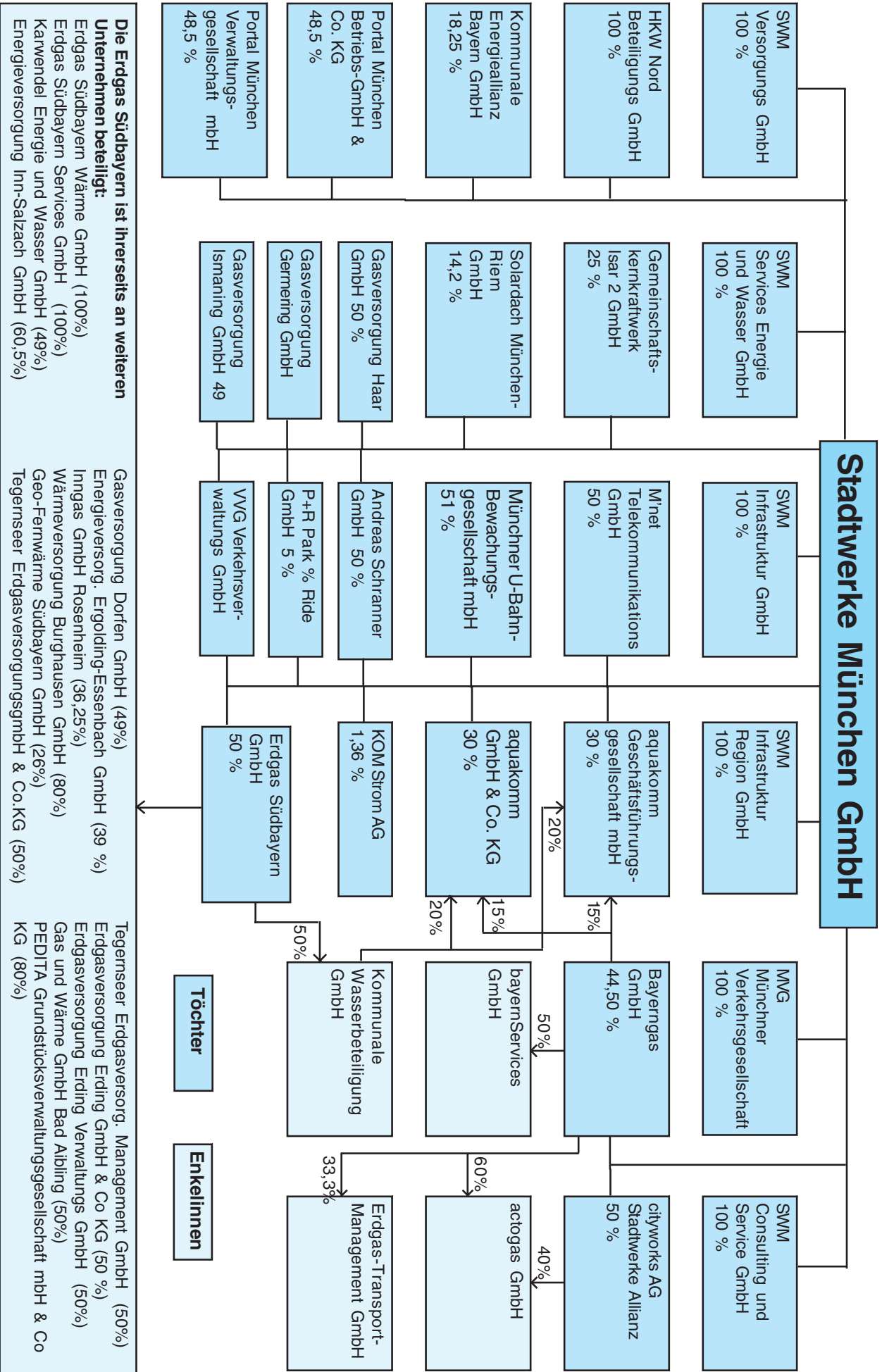
„Die Verschwiegenheitspflicht für Aufsichtsratsmitglieder gilt nur für solche Tagesordnungspunkte, die zum Wohl des Unternehmens, zum Wohl der Allgemeinheit oder zum Schutz berechtigter Ansprüche Einzelner zwingend geheim zu halten sind. Tagesordnungspunkte, die danach nicht der Verschwiegenheitspflicht unterliegen, werden bereits vor der jeweiligen Aufsichtsratssitzung unter Angabe des Berichtsdatums von den Medien mitgeteilt.“

Welche Punkte öffentlich bzw. nichtöffentlich sind, wird sich an der Gemeindeordnung bzw. der Geschäftsordnung des Stadtrates orientieren – was im Stadtrat öffentlich sein kann, sollte auch

für die Tagesordnung eines Aufsichtsrats gelten. Unberührt davon ist die Sitzung selber: sie hat auch nach den jüngsten Gerichtsurteilen nichtöffentlich zu sein.

Diese Öffnung der Verschwiegenheitspflicht bezieht sich jedoch nur auf fakultative Aufsichtsräte, bei den großen Unternehmen der Stadt (Stadtwerke, Krankenhäuser) greift sie leider nicht. Dies ist natürlich unbefriedigend, denn gerade in den Aufsichtsräten dieser Unternehmen fallen Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung, die früher in öffentlicher Stadtratssitzung beschlossen wurden. Da es sich hier um Bundesrecht handelt, sind den kommunalen Parlamenten die Hände gebunden. Mehr Transparenz lässt sich nur mit einer Reform des Aktiengesetzes erreichen.

Boris Schwartz



MVG - DER WIDERSPENSTIGEN ZÄHMUNG

Die städtische Verkehrstochter MVG (Münchner Verkehrsgesellschaft) ist politisch kaum zu steuern. Trotzdem organisiert sie einen guten Öffentlichen Verkehr – oder gerade deswegen?

Mit der MVG ergeht es den grünen Stadträten ähnlich wie mit dem Gesamtkonzern SWM: Die Ausgründung in eine GmbH hat vor allem ein deutlich eigenständigeres und von der Politik weniger beeinflussbares Unternehmen ergeben. Der Unterschied zum Energiesektor war bisher vor allem, dass die Grünen die MVG und deren Produkt „Öffentlicher Nahverkehr“ inhaltlich unterstützen konnten, während im Energiebereich der Umstieg auf die regenerativen Energien lange auf sich warten ließ.

Trotz großer Veränderungen in Richtung Liberalisierung und Privatisierung des öffentlichen Nahverkehrs hat die MVG es geschafft, das sehr gute Münchner Nahverkehrsangebot zu optimieren und gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Die MVG ist also auf Erfolgskurs. Allerdings gibt es dabei auch Verlierer: Die größten Kröten mussten die Busfahrer/-innen schlucken, für die es derzeit drei verschiedene Lohnniveaus (Tendenz sinkend) gibt - je nachdem, ob sie aus dem alten Verkehrsbetrieb übernommen oder neu eingestellt sind oder ob sie für Subunternehmer fahren.

Doch trotz des ausgezeichneten Nahverkehrssystems besteht auch Anlass zur Kritik. Vor allem die wachsende Kluft zwischen steigenden Fahrpreisen und dem Angebot ist alarmierend. Denn während die Tarife des MVV inzwischen jährlich um 3-4 Prozent steigen, werden Kürzungen, v.a. in der Bedienungshäufigkeit, vorgenommen. Das passt ganz offensichtlich nicht zusammen, werden doch gleichzeitig im Unternehmen alle erdenklichen Sparprogramme gefahren. Die Gründe für die Tarifsteigerungen kommen dabei auch oft von außen: Steigende Ausgaben für Energie, die Forderung der Eigenwirtschaftlichkeit seitens der EU, die Streichung von Zuschüssen für den Nahverkehr durch das Land Bayern (z.B. für neue Busse oder die Ausgleichsmittel für den Schülerverkehr).

Doch gerade die Angebotskürzungen schmerzen. So wurden durch das Top-Bus-Programm – sicherlich geschickt verpackt – neben einigen Verbesserungen erhebliche Angebotskürzungen vor allem im nicht lukrativen Außenbereich durchgesetzt. Inzwischen geht's ans Eingemachte: selbst die U-Bahn ist nicht mehr sicher. So fahren die Verstärker-U-Bahnen wie im Falle der U8 im Norden oft nicht mehr bis zur Endhaltestelle Feldmoching – dort wartet die S-Bahn vergeblich auf die Umsteiger, denn die warten auf einem Bahnsteig am Harthof auf die Weiterfahrt. Und anstatt das Angebot zur Messestadt wegen der dort wachsenden Nachfrage einfach zu verstärken, wurde die Gelegenheit genutzt, den U-Bahn-Ast nach Neuperlach auf eine Linie zu stutzen – früher führen in den größten Münchner Stadtteil noch U2 und U5, heute bleibt nur noch die U5. U-Bahn im 10-Minuten-Takt - haben wir dafür die teuren Tunnel gebaut?

Man sieht also: Aus grüner Warte ergibt der Blick auf die MVG ein ambivalentes Bild: Wir schätzen das im Großen und Ganzen ausgezeichnete Nahverkehrssystem, die hohe Fachkompetenz und die zumeist gute Zusammenarbeit mit der MVG bei einzelnen ÖPNV-Projekten (z.B. Trambahnausbau, Busbeschleunigung). Andererseits sehen wir mit Sorge die Angebotskürzungen und den schwindenden politischen Einfluss.

MVG ja, aber nicht um jeden Preis

Entsprechend unserem durchaus differenzierten Blick auf das Treiben der MVG und vor dem Hintergrund der politischen Zielsetzung, den ÖPNV massiv auszubauen, begleiten wir die Arbeit der MVG kritisch und unterscheiden uns damit auch von den beiden großen Fraktionen im Rathaus: Die CSU greift die Stadtwerke gerne lautstark von allen Seiten an und würde den Konzern am liebsten gegen die Wand fahren. Sie fordert populistisch die Senkung der Gas- und Strompreise, verschweigt aber, wie ohne die Gewinne aus dem Energiebereich die Infrastruktur im Nahverkehr erhalten und ausgebaut werden soll. Umgekehrt

fährt die SPD – der Angestellten wegen – den Schmusekurs. Die Genossen nehmen jeden Vorschlag der Stadtwerke bzw. der MVG nahezu kritiklos hin. Sie lehnen Wettbewerb im öffentlichen Nahverkehr rigoros ab.

Unsere Ziele für die Organisation des ÖPNV in München sind hingegen differenzierter:

Im Vordergrund steht das Ziel des wachsenden Angebots an öffentlichem Nahverkehr, damit eine wirkliche Alternative zum Auto besteht. Beispiele in anderen Städten zeigen, dass Ausschreibung und Wettbewerb nicht unbedingt zu Verschlechterungen führen müssen, wenn durch entsprechende Organisation eine Monopolstellung eines Global Players verhindert wird. Dann kann das Angebot durch Effizienzsteigerungen sogar verbessert werden. Wettbewerb ist für die Grünen also nicht tabu. Das gilt insbesondere für den Busverkehr, der mit dem Ausbau und Erhalt der Infrastruktur nicht so eng verzahnt ist wie die Schienenverkehrsmittel. Wir können auch keinen großen Unterschied darin erkennen, ob eine Enkeltochter der Stadtwerke, an der private Busunternehmen beteiligt sind, oder Subunternehmer der MVG oder ein privates Busunternehmen auf Münchens Straßen verkehren. Schon jetzt wird fast die Hälfte des Busverkehrs von Subunternehmen gefahren, ohne dass die Fahrgäste dies bemerken.

Andererseits bietet das integrierte Unternehmen Stadtwerke finanzielle Spielräume und Synergieeffekte für den Nahverkehr, die die Stadt ohne die SWM nicht hätte. Auch ist aus der Tradition der Verkehrsbetriebe heraus das Fachwissen bei den Stadtwerken angesiedelt, während in der Stadtverwaltung nicht die Kompetenz und Schlagkraft vorhanden sind, um einen ÖPNV im Wettbewerb zu steuern. Daher sehen wir derzeit keine Alternative zur Organisation des Münchner ÖPNV durch die Stadtwerke, zumal aufgrund der Liberalisierung im ÖPNV insgesamt auch die Effizienz der Stadtwerke/MVG erheblich gestiegen ist.

In der bisherigen politischen Auseinandersetzung sowie in möglichen weiteren Umstrukturierungsprozessen im ÖPNV waren bzw. sind für uns Grüne folgende Dinge besonders wichtig:

■ Die Angebotsplanung muss nah an den politischen Entscheidungsträgern angesiedelt sein. Idealerweise müsste sie direkt von der Stadt erbracht werden. Da die Fachkompetenz bei den Stadtwerken und nicht in der Verwaltung liegt und da es auch Abhängigkeiten zwischen dem Fahrbetrieb und dem Angebot gibt, macht es aber durchaus Sinn, die Angebotsplanung bei den Stadtwerken zu lassen. Allerdings muss dieser Bereich auf jeden Fall beim Mutterkonzern und nicht bei irgendeiner Tochter oder (Ur-)Enkelin fern der Politik angesiedelt sein.

■ Das gleiche wie für die Angebotsplanung gilt auch für die Infrastruktur, nicht zuletzt auch im Sinne einer größtmöglichen Transparenz.

■ Ein guter, gegen das Auto konkurrenzfähiger ÖPNV bietet ein attraktives Netz unterschiedlicher Verkehrsträger, auch über die Stadtgrenzen hinaus. Die ÖPNV-Politik der Stadt und der MVG muss auf Zusammenarbeit innerhalb der Stadt (Verwaltung/MVG), mit dem Verbund und den einzelnen Verkehrsunternehmen in der Region ausgerichtet sein (siehe den unten stehen-



Foto: SWM

Moderne U-Bahn vor Windrad: Das entspricht dem Image der SWM eher als das AKW Ohu.

den Artikel). Eine Konkurrenz verschiedener ÖPNV-Akteure in der Region vergrault die Fahrgäste und bindet unnötig knappe Ressourcen.

Unabhängig von der Organisationsstruktur im ÖPNV steht die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs in Abhängigkeit zur Attraktivität des Autos. Ohne Parkraummanagement, Umorganisation des Straßenraumes zugunsten

des Umweltverbundes, entsprechende Benzinpreise, Umweltzone u.a. sogenannte Push-Maßnahmen wird das Fahrgastpotenzial für den ÖPNV - und somit die Möglichkeit für Mehreinnahmen und bessere Auslastung der Fahrzeuge der Verkehrsunternehmen - begrenzt bleiben.

*Jens Mühlhaus
Mitglied im Aufsichtsrat der MVG*

DER MVV-MVG-STREIT: ES REICHT JETZT, MEINE HERREN!

Kennen Sie die typische Frage eines Touristen, der in München den MVV nutzen will? „Darf ich mit dem Ticket auch S-Bahn fahren? Auf dem Automaten steht doch nur MVG und nicht MVV!“

Klar, im Kleingedruckten steht, was man alles fahren darf, nämlich alles – es handelt sich schließlich um die bahnbrechende Errungenschaft des Münchner Nahverkehrs: den Tarifverbund MVV aus den 70er Jahren. Der MVV – in München bisher jedem Kind als Synonym für den öffentlichen Verkehr bekannt – ist in den letzten Jahren in schweres Fahrwasser geraten. Nicht nur, dass die Stadt ihre Verkehrstochter ausgerechnet MVG nennt. Die MVG sorgt auch dafür, dass der Name MVG immer größer und öfter und schicker und moderner sichtbar ist, als das Kürzel MVV.

Einige negative Beispiele: Auf den Fahrzeugen steht nur noch MVG. Die MVV-Zeitschrift „contact“ gibt es zwar noch – sie erinnern sich nicht? Kein Wunder, in städtischen Stationen und Fahrzeugen legt die MVG eigene Hefterl mit dem Namen „Linie 8“ aus. Auch auf den Fahrkartenautomaten prangt dick das MVG-Logo – logo sagt MVG-Chef König, er betreibt sie ja auch. Hinter den Bahnsteigen wird der Verbundfahrplan abgehängt, dafür malt die MVG eigene Fahrpläne – mit Tram drin, dafür fehlt die S-Bahn – die wird ja auch von der Bahn gefahren. Zuletzt wurde überdies bekannt, dass der MVV für Aushänge und Auslegungen im Bereich der MVG-Bahnhöfe entsprechende Gebühren bezahlen muss. Die S-Bahn zieht im Übrigen stets nach und verfolgt mittlerweile den gleichen Kurs wie die städtische MVG

Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage nach der Zielsetzung der MVG und deren Chef König. Der Verbund MVV wird offensichtlich finanziell und organisatorisch wie auch in der öffentlichen Wirkung überrollt und verdrängt. Soll der MVV zuletzt nur noch als Logo existieren? Wer vertritt dann unternehmensunabhängig die Fahrgastinteressen und die überregionalen Aufgaben des MVV? Die Politik und die Verwaltungen auf ihren jeweiligen Ebenen kaum. Es ist zwar ihre Aufgabe, aber jeder hat hier andere Zuständigkeiten und Interessenslagen: Der Freistaat kümmert sich um seine S-Bahn, die nicht so im Wettbewerb steht und finanziell besser gestellt ist als die MVG, die Stadt schützt ihre MVG vor Konkurrenz und die Landkreise schreiben ihre Buslinien aus.

Die Grünen dürfen sich diese Entwick-

lung nicht länger passiv ansehen. Herr König von der MVG ist offensichtlich dabei, den Bogen zu überspannen. Ist er einmal überspannt, dann könnte sein Schuss aber nach hinten losgehen. Denn die Konkurrenz um die Fahrgäste ist nicht das jeweils andere Verkehrs-

unternehmen oder der Verbund, sondern der motorisierte Individualverkehr. Angesichts der Verkehrsprobleme im Ballungsraum München braucht es ein leistungsfähiges Nahverkehrsnetz, regionale Strategien und viel Kompetenz und Zusammenarbeit auf Seiten der

Aufgabenträger. Der MVV ist das Gremium für diese nötige Bündelungs- und Lobbyfunktion für den ÖPNV im Ballungsraum München.

Jens Mühlhaus

WHO-IS-WHO IM MÜNCHNER ÖPNV SWM, MVG, MVV UND S-BAHN

Früher war alles einfach: da gab es den Verbund, also den **MVV (Münchner Verkehrs- und Tarifverbund)**. Im Verbund waren sowohl die Stadt München als auch Verkehrsunternehmen im Mischverbund zusammengeschlossen. Der MVV hat die Fahrpläne geschrieben, die Fahrkarten vertrieben und über den öffentlichen Nahverkehr in München informiert. Somit war der MVV jahrzehntelang synonym mit dem ÖPNV in München. Heute ist alles schwieriger. Seit Beginn der 90er Jahre sind Wettbewerb und Liberalisierung auch in des öffentlichen Nahverkehrs vorgedrungen. Doch nicht nur die EU, auch die knappen Kassen der öffentlichen Hand machten eine effizientere Organisation der oft behördenartig strukturierten Verkehrsbetriebe notwendig. Die deutsche ÖPNV-Gesetzgebung hat die EU-Richtlinien in Hinblick auf Wettbewerb folgendermaßen umgesetzt:

■ Klare Trennung zwischen **Aufgabenträger** (Freistaat, Stadt, Landkreise) und **Verkehrsunternehmen**. Dies ist auch der Grund dafür, dass die Verkehrsunternehmen im Münchner Raum nicht mehr im MVV sind. Der MVV ist mittlerweile ein Aufgabenträgerverbund. Die Aufgabenträger müssen in den **Nahverkehrsplänen** definieren, welches Angebot im ÖPNV zur Sicherung einer ausreichenden Versorgung/Erreichbarkeit erbracht werden soll.

■ Die Verkehre, die **eigenwirtschaftlich** erbracht werden, müssen nicht ausgeschrieben werden. Eigenwirtschaftlich heißt vereinfacht, dass die Einnahmen die Ausgaben im laufenden Betrieb decken, wobei bestimmte Zuschüsse (z.B. Ausgleich für vergünstigte Schülerfahrkarten) auch als „legale“ Einnahmen (und nicht als

quasi Beihilfe) gelten. Sobald Zuschüsse fließen (gemeinwirtschaftlich) muss i.d.R. ausgeschrieben werden.

Als die Neuvergabe einiger Buslinien-Konzessionen anstand, wurde die **MVG (Münchner Verkehrsgesellschaft)** als 100%ige Tochter der Stadtwerke München GmbH gegründet, um die Eigenwirtschaftlichkeit nachzuweisen und so die Verlängerung der Konzessionen für die Buslinien zu sichern. Die MVG ist ein Enkelkind ohne Angestellte, die blieben in der SWM, Abteilung Verkehr. Sie fährt kostendeckend, weil die Fahrer und deren Fahrzeuge günstig von der SWM „gemietet“ werden, die SWM machen die Verluste, die wie schon immer über den sog. Querverbund von den Energiegewinnen bezahlt werden (CSU aufgepasst: weniger Gewinne aus Strom und Gas = weniger U-Bahn, Bus und Tram; die Welt ist verwinkelt). Mittlerweile gründet auch die MVG ihre eigenen Töchter – die Stadt wird Uroma. Neues Baby ist eine gemeinsame **Bustochter** mit der Autobus Oberbayern. Dort kann man die Busfahrer jetzt zum günstigeren Tarif einstellen – was die MVG wiederum wettbewerbsfähiger macht.

Das zweite große Verkehrsunternehmen im MVV ist die **S-Bahn München GmbH als Teil der DB Regio**. Die S-Bahn GmbH fährt auf Bestellung vom Freistaat. Somit ist ein großer Teil des öffentlichen Nahverkehrs dem Einfluss der Stadt entzogen, wobei im laufenden Betrieb die Abstimmung der Verkehrsunternehmen relativ gut läuft. Ganz spannend in Punkto Zusammenarbeit mit der Stadt wird es beim Neubau im S-Bahn-Bereich, wo man es zusätzlich mit der DB Netz und dem Eisenbahnbundesamt zu tun hat, sowie an Bahnhöfen, für die die DB Station und Service zuständig ist.

Die **Stadt München** ist in vielen Bereichen in den ÖPNV involviert. Zunächst ist die Stadt vertreten durch den Oberbürgermeister Gesellschafterin der Stadtwerke und entsprechend auch im Aufsichtsrat vertreten. Gleichzeitig ist die Stadt Mitgesellschafterin des MVV. Betreuungsreferat für SWM, MVG und MVV ist das Referat für Arbeit und Wirtschaft, das bisher ohne eine eigenständige städtische Position zu entwickeln, die Anliegen und Antworten der Gesellschaften wiedergibt. Inhaltlich zuständig ist das Planungsreferat, das den Nahverkehrsplan auf der Basis der Richtlinien vom Freistaat erarbeitet hat, ansonsten aber relativ wenig an der ÖPNV-Planung beteiligt ist. Bau- und Kreisverwaltungsreferat sind stark in der Umsetzung von Projekten involviert (Bushaltestellen U-Bahn-Bau, Ampelschaltung für Bus- und Trambeschleunigung etc.). Schließlich ist die Kämmerei zuständig für die komplizierten finanziellen Beziehungen zwischen Stadtwerken/MVG und der Stadt München. Insgesamt fehlt aber von Seiten der Stadt zum einen ein klares Profil, was sie in welcher Form (organisatorisch und technisch) im ÖPNV will: Dadurch gibt König als Chef der MVG den Ton an. Zum anderen fehlt ein koordiniertes Vorgehen (Projektmanagement) und politische Rückendeckung für die MVG bei größeren, komplizierteren Projekten, was manches notwendige ÖPNV-Projekt unnötig verzögert. Aus grüner Sicht muss die Stadt in Zukunft den ÖPNV verstärkt als hoheitliche Aufgabe wahrnehmen, um mitgestalten zu können.

Jens Mühlhaus

KOMMUNALE UNTERNEHMEN SIND TEIL DER SOZIALEN KOMMUNALPOLITIK – EIGENTLICH!

„Für soziale Probleme ist die Sozialpolitik mit ihren sozialen Einrichtungen zuständig“ – u. a. mit diesem Satz antwortete die Geschäftsführung der Stadtwerke München auf eine Anfrage der Grünen, ob sie sich vorstellen könne, bei Armutshaushalten soziale Komponenten in die Abrechnungen einzuführen.

Dieser Satz ist für ein Unternehmen, welches im Wettbewerb steht, sicher nachvollziehbar – aber die Frage nach der sozialen Verantwortung des zu 100% kommunalen Unternehmens Stadtwerke München GmbH stellt sich selbstverständlich trotzdem.

Im Sommer 2005 häuften sich in den Medien Berichte, wonach Armutshaushalten wegen aufgelaufener Schulden der Strom gesperrt wurde. Vereinzelt kam es zu Wohnungsbränden, da sich die Menschen mit Kerzen und Gaskochern in ihren Wohnungen über die Runden zu retten versuchten.

Mit der Einführung von Hartz IV zum Beginn des Jahres 2005 verschärfte sich die Situation für Haushalte, die ALG II oder SGB XII (Sozialhilfe) beziehen. Bis dahin konnte die Stadt den Regelsatz von 345 Euro durch Einmalzahlungen aufstocken (Weihnachtsbeihilfe, Einschulung, Schulausflüge etc.) Diese Möglichkeit gibt es nun nicht mehr. Im Regelsatz von 345 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt sind 20 Euro für sog. „Alltagsstromkosten“ enthalten. (Stromkosten, die z. B. durch Heizen entstünden, würde das Sozialreferat übernehmen – und diesen Haushalt zur Energieberatung schicken). Die Übernahme von Stromschulden – wie in der Sozialhilfe früher möglich – ist mit Hartz IV nicht mehr erlaubt.

Jeder kann nachvollziehen, wie schwer es ist mit 20 Euro im Monat für Strom auszukommen. Durch die gestiegenen Stromkosten in den letzten Jahren sehen sich Armutshaushalte vor die Alternative gestellt, das Geld für Essen oder für Strom auszugeben – und immer mehr entscheiden sich anscheinend dafür, lieber bei Kerzenlicht etwas zu essen zu haben als den gut beleuchteten, aber leeren Teller anzustarren.

Nachdem die Stadtwerke es bis zum Sommer 2005 (s. o.) rigoros abgelehnt

hatten, für Armutshaushalte eine eigene Regelung mit dem Sozialreferat zu treffen, beantragte die Fraktion der Grünen/RL im September 2005 den „Aufbau eines Frühwarnsystems, um Stromsperrungen zu vermeiden.“ Nun mussten sich die Stadtwerke mit dem Sozialreferat an einen Tisch setzen. Im Frühjahr 2006 wurde mir mitgeteilt, es gäbe eine Regelung, die aber zunächst ein halbes Jahr erprobt werden sollte.

Einrichtung eines Frühwarnsystems

Im Herbst 2006 wurden dem Sozialausschuss die ersten Erfahrungen vorgestellt:

- Von Juli 2005 bis zum August 2006 konnte für 273 Haushalte eine individuelle Lösung gefunden werden, die eine Stromsperrung vermied.

- Die Regelung gilt nur für Härtefälle: Familien mit minderjährigen Kindern, Alte, Behinderte und chronisch Kranke, die nicht in der Lage sind, die Angelegenheit eigenständig zu regeln.

- Sie gilt nicht für Alleinstehende (obwohl diese in München 64% aller ALG II Haushalte ausmachen)

- Wenn Regulierungsvereinbarungen mit zahlungsunfähigen Stromkunden getroffen wurden, bedeutet dies, dass die Stromschulden, Mahngebühren und die Gebühren für die Entsperrung vom Regelsatz von 345 Euro beglichen werden müssen. Ausnahmen sind nur möglich, wenn das Sozialreferat im Einzelfall über Stiftungsmittel verfügt. Im Jahr 2006 werden dies ca. 90.000 Euro sein.

Klar ist: Strom gibt es nicht zum Nulltarif. Deswegen erwartet niemand, dass die Stadtwerke im großen Stil sozial gestaffelte Tarife entwickeln. Dennoch haben die Stadtwerke eine soziale Verpflichtung als kommunales Unternehmen. Als Teil der kommunalen Familie sind die Stadtwerke auch Teil der kommunalen Sozialpolitik.

Die jetzige Regelung kann bestenfalls die Spitze des Eisberges zum Abtauen bringen. Im September 2006 gab es in München 49.900 EmpfängerInnen von ALG II und 18.200 Bezieher von Sozialgeld. (Zum Vergleich: Derzeit werden

monatlich im Schnitt 23 Regulierungsvereinbarungen für gesperrte oder von der Sperrung bedrohte Haushalte getroffen.)

Stromsperrungen? Geschäftsgeheimnis!

Die Stadtwerke sind, um ihr Geschäftsgeheimnis zu bewahren, bisher nicht bereit gewesen, die Zahl der Stromsperrungen, angedrohten Sperrungen und die Höhe der Einnahmeausfälle zu nennen. Man kann aber wohl davon ausgehen, dass die Zahl der betroffenen Haushalte deutlich höher liegt als die der Härtefälle.

Unsere Forderung nach einem echten Frühwarnsystem lehnt die SWM derzeit ab. Ein Frühwarnsystem müsste eine Organisationsform finden, mit der Armutshaushalte so früh wie möglich aus den Androhungen auf Stromsperrung herausgefiltert werden. Für den Bereich der Obdachlosigkeit wurde ein solches Frühwarnsystem bereits vor Jahren mit den Mietgerichten vereinbart – und hat gute Erfolge in der Verhinderung von Zwangsräumungen zu verzeichnen.

Doch bislang wird eine Stromsperrung nicht als echte existenzielle Bedrohung betrachtet. Der Vertreter der Wohlfahrtsverbände brachte es im vergangenen September gut auf den Punkt: Das Pfändungsrecht verbietet, einem Haushalt den Fernseher zu pfänden – es ist aber möglich, ihm den Strom zu sperren. So kann man wenigstens noch die dunkle Mattscheibe anschauen.

Wir werden den Druck auf die Stadtwerke in dieser Frage aufrechterhalten. Derzeit ist ein erster richtiger Schritt gemacht. Wir haben eine Reihe von Punkten angesprochen, die als nächste Schritte bearbeitet werden müssen:

- Die Mahn- und Aufsperrgebühren nach einer Stromsperrung betragen derzeit bis zu 100,— Euro. Diese sollten im Rahmen eines Regulierungsverfahrens reduziert oder erlassen werden.

- Die Stadtwerke verlangen derzeit eine Abtretungserklärung des (nicht pfändbaren) Arbeitslosengelds II – eine solche Erklärung darf nicht mehr verlangt werden.

■ Die Ratenzahlungen müssen sich in einer Höhe bewegen, die Haushalten mit Arbeitslosengeld II-Bezug noch einen Rest finanziellen Spielraums lässt. Ratenzahlungen in Höhe von 250,— Euro, wie die Stadtwerke sie verlangen, sind unmöglich.

■ Klar als Härtefall definierte Einpersonenhaushalte müssen in den Härtefallkatalog übernommen werden.

Um dies sicherzustellen haben wir durchgesetzt, dass das Sozialreferat und die Stadtwerke vor der Sommerpause 2007 ausführlich über die weiteren Verhandlungen und die aktuellen Zahlen berichten, so dass das Thema auf der Agenda bleibt.

Die erreichten Verbesserungen wurden den Stadtwerken nach langen und zähen Verhandlungen abgerungen. Wir

wollen auf keinen Fall, dass die Stadtwerke im Wettbewerb untergehen – wir wollen aber auch nicht, dass die Stadtwerke sich hinter einem Wettbewerbspopanz verstecken und dabei zu einem Allerweltsenergiekonzern mutieren. Kommunale Kontrolle muss auch die soziale Frage im Blick behalten.

Siegfried Benker

HUMANE STERBEBEGLEITUNG - AUCH IN MÜNCHNER KLINIKEN

Weil auch im Alltag der Münchner Kliniken und Pflegeheime oft kein Raum zur individuellen Betreuung von Schwerstkranken und Sterbenden bleibt, hat die Grüne Fraktion beantragt, ein Fachgespräch zur Sterbebegleitung durchzuführen.

In Kliniken oder Alten- und Pflegeheimen ist das Lebensende oft an medizinische Maßnahmen gebunden, die das Sterben leidvoll erschweren. Palliative Maßnahmen wie Schmerztherapien stehen oft dem Leistungsanspruch einer hochtechnisierten Medizin entgegen, die das Sterben von Menschen als Versagen ihrer Möglichkeiten betrachtet und verdrängt.

Schwerstkranken und Sterbende benötigen aber mehr als nur die medizinische und pflegerische Versorgung. Selbstverständlich muss die medizinische Grundversorgung gewährleistet sein, aber therapeutische Maßnahmen können das Lebensende von Menschen auch zur Qual machen. Wichtig ist, Medizin und sozialpsychologische Betreuung so zu vereinbaren, dass die Menschen ihren letzten Lebensabschnitt in Würde und möglichst ohne Schmerzen erleben können.

Die Palliativmedizin und die Hospizbewegung gehen hier bereits seit Jahren gute Wege. So werden beispielsweise schwerstkranken Menschen schmerztherapeutisch so versorgt, dass sie ihren letzten Lebensabschnitt „leben“ können ohne ständig Schmerz erleiden zu müssen. Sie haben dadurch die Möglichkeit für sie wichtige Dinge noch zu erleben oder zu regeln.

Schmerztherapien werden heute in Palliativeinrichtungen stationär oder auch ambulant angeboten. Darüber hinaus

werden schwerstkranken und sterbende Menschen in ambulanten oder stationären Hospizeinrichtungen betreut. Dort erhalten die Patienten einerseits die notwendige medizinische Versorgung, aber vor allem pflegerische, sozialtherapeutische und auch psychologische Hilfestellung zur Gestaltung ihres letzten Lebensabschnitts, damit sie ihn als lebenswert empfinden und Abschied nehmen können. Leider haben diese Angebote noch keinen generellen Einzug in den Klinik- und Altenpflegealltag gefunden



Lydia Dietrich kennt die Arbeit in einem Hospiz aus eigener Erfahrung.

Die Betreuung im Hospiz ist individuell auf die Bedürfnisse des Einzelnen abgestimmt. Das beginnt bei Pflegegewohnheiten und geht über Freizeitgestaltung, Gespräche, die Integration von Angehörigen in den Prozess, Ausräumen von Konflikten bis hin zum ebenfalls ganz individuellen Betreuen in den letzten Lebensstunden.

Die Arbeit in Palliativeinrichtungen und im Hospiz ist für ÄrztInnen und Pflege-

personal eine große Herausforderung. Die tägliche Begegnung mit dem Sterben und dem Tod ist belastend, kann aber auch eine Bereicherung sein, wenn es gelingt, Menschen so zu pflegen und zu betreuen, dass sie sich in ihrem letztem Lebensabschnitt wohlfühlen und sich in Ruhe und frei von Schmerzen und Sorgen vom Leben verabschieden können.

Nicht alle Schwerstkranken und Sterbenden haben die Möglichkeit in einer Hospiz- oder Palliativeinrichtung betreut zu werden. Die meisten Menschen sterben in den Kliniken und den Alten- und Pflegeheimen, wo die Alltagsarbeit mit der ständigen Überlastung des Pflegepersonals oft keinen Platz dafür lässt Schwerstkranken und Sterbende individuell und adäquat zu betreuen.

Im Rahmen des Fachgespräches soll die Notwendigkeit der Sterbebegleitung diskutiert und deutlich gemacht werden, welche Möglichkeiten bestehen, das Thema Sterben und Tod als einen wichtigen Bestandteil des Arbeitsalltages in Kliniken und Alten- und Pflegeheimen zu integrieren.

Darüber hinaus sollen auch die besonderen Bedürfnisse von Einwanderern und die Möglichkeit einer kulturspezifischen bzw. zumindest kultursensiblen Sterbebegleitung zur Sprache kommen. Hier ist es das Ziel, das Pflegepersonal für die unterschiedlichen kulturellen und religiösen Bedürfnisse von Menschen in ihrer letzten Lebensphase zu sensibilisieren und sie bei der weiteren Entwicklung ihres Verhaltens im Umgang mit Sterbenden aus anderen Kulturkreisen zu unterstützen

Das Fachgespräch wird im ersten Quartal 2007 stattfinden.

Lydia Dietrich

EIN INTEGRATIONSKONZEPT FÜR MÜNCHEN

In den letzten Jahrzehnten ist das Bild Münchens durch Zuwanderer entscheidend mitgeprägt worden. Heute ist München eine nicht nur internationale sondern auch multikulturelle Stadt.

Die Münchner Bevölkerung besteht zu 30% aus Menschen mit ausländischem Pass oder Migrationshintergrund. Menschen aus über 180 Nationen leben in München friedlich zusammen. Die Münchner Kommunalpolitik kann heute auf eine Migrations- und Integrationspolitik zurückblicken, die in vielen Bereichen eine bundesweite Vorbildfunktion einnimmt.

Bereits 1972 gab München als erste deutsche Stadt eine Studie in Auftrag, die sich noch vor dem Anwerbestopp für Migranten (1973) intensiv mit den kommunalpolitischen Aspekten des wachsenden Migrantenteils beschäftigte. Als Konsequenz dieser Studie wurde 1974 der Ausländerbeirat ins Leben gerufen.

In den folgenden Jahren begann auch die Bundespolitik sich mit der Situation der MigrantInnen auseinanderzusetzen, wobei jedoch immer deren Rückkehr im Mittelpunkt stand, nicht ihre Integration. Entgegen diesem Trend hat München 1976 einen umfangreichen

MigrantInnen einen erhöhten Bedarf an Sozialwohnungen hatten. In der Retrospektive hat sich diese zunächst unpopuläre Maßnahme überwiegend positiv auf das Zusammenleben in München ausgewirkt, insbesondere im Vergleich mit der Situation in anderen deutschen Großstädten.

Gleichzeitig arbeiteten und arbeiten bereits seit Jahrzehnten Einrichtungen wie die Initiativegruppe, AKA, die Migrationssozialdienste und viele Selbsthilfeinitiativen daran, MigrantInnen eine gleichberechtigte Teilhabe im Sozialsystem, am Arbeitsmarkt, und Bildungsangeboten zu ermöglichen.

In den 90er Jahren erschlossen sich insbesondere aus Studien wie „Aufenthalts- und Zuwanderungsperspektiven neuer Zuwanderungsgruppen“ (1995) oder „Lebenssituation ausländischer Bürgerinnen und Bürger“ (1997) weitere Handlungsfelder für die Stadt. In diesem Zusammenhang ist vor allem die „Perspektive München“ (1998) zu erwähnen. Hier wird das Ziel „Zusammenleben von Deutschen und Ausländern verbessern“ besonders hervorgehoben: „Es ist das Bestreben kommunaler Politik, allen auf Dauer oder für einen längeren Zeitraum hier lebenden Ausländerinnen und Ausländern

len Vielfalt zu wahren, um eine Entwurzelung der Zuwanderer zu vermeiden und die Integration durch geeignete Maßnahmen zu fördern. Besonderer Wert wird dabei auf die Integration von Kindern und Jugendlichen gelegt.....““.

Perspektive München

In den Folgejahren wurden im Rahmen der Fortschreibung der Perspektive München zentrale Handlungsfelder einer integrationsorientierten Stadtentwicklung benannt:

■ *Stärkung der Stadtteile und Verbesserung des Zusammenlebens in den (sozialen) Wohnquartieren.*

■ *Interkulturelle Urbanität durch kompakte, Nutzungsdurchmischte Stadtstrukturen und öffentliche Räume.*

■ *Verbesserung der schulischen und beruflichen Qualifikation sowie der deutschen Sprachkenntnisse als Grundqualifikation.*

■ *Stärkung der Selbständigkeit, des Selbsthilfepotentials und eigenständiger Versorgungsnetze.*

■ *Interkulturelle Öffnung der Regeldienste – Bereitstellung und Anpassung der städtischen Einrichtungen und Dienste.*

Die Stadt München fördert auf den oben genannten Handlungsfeldern bereits eine große Zahl von Projekten oder betreibt solche Projekte in Eigenregie. Hierzu zählen beispielsweise die interkulturelle Öffnung der Alten und Service-Zentren, da immer mehr ältere MigrantInnen einen erhöhten Hilfebedarf aufweisen. Weiterhin wird die Stärkung der Selbsthilfe bei MigrantInnengruppen angestrebt und ihre verstärkte Einbindung in die Angebote des Gesundheitsreferates. Darüber hinaus versucht die Stadt seit Jahren durch das Projekt MOVA ausländische Unternehmen als Ausbildungsbetriebe zu gewinnen, um die Ausbildungssituation von Jugendlichen in München zu verbessern – und vieles mehr, die Aufzählung aller Projekte würde den Rahmen dieses Berichts sprengen.

Basis des städtischen Integrationskonzepts ist eine interkulturelle Orientie-



Gruppenbild von der Klausurtagung der Fraktion in Kochel, von links: Sedef Özakin, Karin Binsteiner, Alexandra Weiß, Silke Pesik, Sabine Gehring, Jutta Koller, Sylvia Franzl, Sabine Krieger, Boris Schwartz, Anke Wittmann, Florian Roth, Siegfried Benker, Lydia Dietrich, Herrad Meese, Jens Mühlhaus, Gabi Friderich, Hep Monatzeder, Tassia Fouki, Thomas Niederbühl, Renate Binder.

rung und Öffnung unter Beteiligung von Akteuren und Institutionen innerhalb und außerhalb der kommunalen Verwaltung. Das Integrationskonzept soll so einen verbindlichen Rahmen für kommunalpolitische Ansätze in allen relevanten gesellschaftlichen Bereichen schaffen, den Dialog und insbesondere die Beteiligung von Akteuren außerhalb der Verwaltung fördern, die Auswertung der getroffenen Maßnahmen ermöglichen sowie die Umsetzung gesetzlicher Maßnahmen zur Integrationsförderung unterstützen und dabei alle Beteiligten durch größtmögliche Vernetzung einbeziehen.

Visionäres Integrationskonzept

Das Integrationskonzept der Stadt München legt dabei eine Vision zugrunde, an deren Verwirklichung alle integrativen Maßnahmen gemessen werden müssen:

„München ist eine solidarische Stadtgesellschaft in der Verantwortung aller. Die Verständigung zwischen den vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen ist die Grundlage von Integrationsmaßnahmen und Dienstleistungen

der Stadt stärken die vorhandenen Fähigkeiten aller in München lebenden Menschen, unabhängig von Alter, Geschlecht, Hautfarbe, Religion, kultureller und sozialer Herkunft, Behinderung, Weltanschauung sowie sexueller Identität. Ein besonderes Augenmerk verdienen Kinder und Jugendliche. Die Teilhabe Aller am gesellschaftlichen Leben, an kommunalpolitischen Entscheidungen und ihr Zugang zu Ressourcen sind gleichberechtigt gewährleistet.“

Die weitere Umsetzung des Konzepts wird zukünftig einen Diskussionsprozess umfassen, der alle gesellschaftlich relevanten Gruppen einbeziehen soll und dem Ziel verpflichtet ist, einen breiten Konsens über Integrationspolitik der Landeshauptstadt München herbeizuführen. Ein aus diesem Diskussionsprozess entstehendes und hoffentlich weiterentwickeltes Rahmenkonzept soll dem Stadtrat 2007 zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Geeignete Teile dieses Integrationskonzepts sollen als eigene Leitlinie in das Stadtentwicklungskonzept PERSPEKTIVE MÜNCHEN einfließen. Die Stelle für interkulturelle Arbeit soll ein verwaltungsinternes Koordinierungsgre-

mium schaffen, das integrationspolitische Ziele fortentwickelt, verknüpft und bundes- und landespolitische Ansätze einbezieht. Darüber hinaus soll die bestehende Stadtratskommission für Integrationsförderung durch eine neu zu schaffende Stadtratskommission für Integration ersetzt werden, deren Mitglieder aus den Fraktionen, dem Ausländerbeirat, der freien Wohlfahrtspflege, den Kirchen, dem Muslimrat, der jüdischen Gemeinde, den Flüchtlingsinitiativen,

einer Migrant(inn)enselbsthilfegruppe und der Frauengleichstellungsstelle gewonnen werden sollen.

Die systematische und durchdachte Integrationspolitik ist in den letzten Jahren zu einem Markenzeichen Münchner Kommunalpolitik geworden. Es gilt nun, die Weichen für die nächsten Jahre so zu stellen, dass Integrationspolitik nicht zu einer Ausgrenzungs- und Verhinderungspolitik a la CSU wird sondern der Weg einer modernen und den Realitäten einer globalisierten Welt Rechnung tragenden Großstadt konsequent weiter beschritten wird.

Sedef Özakin

ELTERN DURCH SCHULUNG STÄRKEN

Eine neue Diskussion durchzieht Deutschland. Welche Rolle spielen Eltern eigentlich heute bei der Erziehung ihrer Kinder? Wissen sie eigentlich wie sie ihre Kinder erziehen wollen oder sind viele damit überfordert? Welche Hilfe brauchen Eltern?

Kevin und die Supernanny sind sicher nur die Spitze des Eisbergs einer Krise in deutschen Familien. Dennoch zeigt der Fall des gequälten Kindes und der Blick in schwierige Familienverhältnisse bei der Supernanny, dass in Deutschland in Sachen Erziehung Handlungsbedarf besteht. Viele Eltern sind mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert. Die Ursachen sind vielfältig. Wertewandel, Leistungsdruck, Arbeitslosigkeit, schnelle Veränderungen der Gesellschaft und der Medienkonsum mit der damit einhergehenden fehlenden Kommunikation in der Familie, sind nur einige Erklärungsmöglichkeiten. Immer mehr Eltern wünschen sich Unterstüt-

zung bei der Erziehung und auch ErzieherInnen und LehrerInnen wünschen sich Unterstützung durch die Eltern. Elternabende allein, auch wenn sie in verschiedenen Sprachen abgehalten werden, erreichen viele Eltern nicht. Außerdem sind die Probleme von Eltern mit ihren Kindern oft so grundlegend, dass diese nicht an einem Elternabend gelöst werden können. Erziehungsvorstellungen mancher Familien, vor allem aus anderen Kulturkreisen, stehen teilweise in starkem Widerspruch zu den Erziehungsvorstellungen in deutschen Kindergärten und Schulen. Deshalb ist der Ansatz der Nikolaus-August-Otto-Oberschule in Berlin so bemerkenswert.

Vor drei Jahren wurden dort erfolgreich Elternseminare zur Verbesserung der Erziehungskompetenz der Eltern verpflichtend eingeführt. Nur Eltern, die an diesen Seminaren teilnehmen, können ihr Kind auf die Nikolaus-August-Otto-Oberschule schicken. Und der Zulauf ist weit höher als Kinder aufge-

nommen werden können. Zehn Wochen lang, noch bevor ihre Kinder in die Oberschule eingeschult sind, kommen die Eltern zum STEP-Elterntraining. Sie gehen in Vorleistung für ihre Kinder und leben ihnen vor, dass sie sich für sie einsetzen, pünktlich erscheinen, regelmäßig die Seminare besuchen, auch wenn sie sich mal nicht gut fühlen. Sie zeigen ihnen, dass sie aktiv sind, sich mit viel Freude und großem Humor beteiligen, neuen Lern- und Arbeitsformen gegenüber aufgeschlossen sind, regelmäßig ihre Hausaufgaben machen und sich auf neue Erfahrungen einlassen.

Das STEP Elterntraining wurde von Prof. Hurrelmann entwickelt. Es hilft, beim Erziehungsstil die Individualität der eigenen Kinder zu beachten und ihre Stärken zu fördern. Kernelemente des Trainings sind Ermutigung, Kommunikation – dabei vor allem das aktive Zuhören -, Problemlösung und Disziplin. (weitere Infos zum STEP www.instep-online.de)

Die Eltern stehen voll und ganz hinter dieser Anforderung und erkennen, welche Chance es sein kann, über Erziehung nachzudenken, sich mit anderen auszutauschen und gemeinsam neue Wege zu gehen.

Schulleben und Schüler haben sich durch die Kurse verändert. In einem Interview berichtete die Lehrerin und Initiatorin der Elternkurse Eva Schmall. „Es ist plötzlich eine Unterstützung und Offenheit durch die Eltern da, die ich in 33 Jahren Schulerfahrung nicht erlebt habe. Die Beteiligung an den Elternabenden ist höher. Die Eltern wollen jetzt ein Zimmer in der Schule für sich haben. In einer Klasse machen Eltern am Schuljahresende eine Extra-Veranstaltung, um den Einsatz der Kinder zu würdigen. Ich denke, es beeindruckt die Kinder ganz schön, dass die Eltern für sie in Vorleistung treten und um den Schulplatz für ihr Kind kämpfen. Da entsteht Verpflichtung. Die Kinder merken, dass die Eltern bereit

sind, etwas für sie zu tun. Das ändert ihre Haltung gegenüber Schule.“

In diesem Jahr wurden weitere Lehrer in Berlin als Kursleiter ausgebildet. Das ermöglicht 15 weiteren Schulen dieses Projekt anzubieten.

Klaus Hurrelmann, Erziehungswissenschaftler in Bielefeld und Leiter des wissenschaftlichen Teams, das die neue Shell-Studie erarbeitet hat, schätzt, dass es etwa 15 Prozent definitiv überforderte Elternhäuser gibt. Um den Eltern die Mischung aus liebevoller Zuwendung und notwendiger Distanz, aus Klarheit und Zuverlässigkeit beizubringen, die für eine gelungene Erziehung unerlässlich ist, fordert auch Hurrelmann Trainingskurse für Väter und Mütter, die verpflichtend an die Anmeldung eines Kindes im Kindergarten oder in der Grundschule geknüpft werden könnten.

Obwohl diese Seminare in Berlin an einer Schule angeboten werden, ließen sie sich sicherlich auch auf Kindertagesstätten übertragen.

Deshalb haben wir in einem Antrag gefordert, in einem Pilotprojekt an einer Kindertagesstätte in München Elternseminare verpflichtend und an einer weiteren Kindertagesstätte freiwillig anzubieten. Verpflichtung widerspricht sicher in gewisser Weise unserem grünen Freiheitsbegriff. Aber ich glaube nur die Verpflichtung wird auch Eltern aktivieren, die sonst nicht erreicht werden, für aber ein Trainingskurs besonders hilfreich wäre. Durch die unterschiedliche Konzeption von Verpflichtung und Freiwilligkeit, wird sich klären, welches Konzept zielführender ist und besser angenommen wird. Nach der Pilotphase von zwei Jahren, soll dann geklärt werden, ob das Angebot auf weitere Kindertagesstätten ausgeweitet werden kann.

Der Vorteil von Elternseminaren schon im Vorschulalter wäre, Eltern bereits frühzeitig in der Erziehung helfen zu können.

Die Eltern würden im Erziehungsalltag mit ihren Kindern gestärkt und die Zusammenarbeit an den Einrichtungen verbessert. Dadurch könnte der Blick auf die Kinder erneuert werden und ihre Stärken besser gefördert werden.

Wünschenswert wäre es trotzdem, auch an Münchner Schulen solch ein Angebot zu machen. Jedoch sind Hauptschulen in München staatlich und deshalb schwer erreichbar. Aber auch manche Realschulen oder eventuell auch Gymnasien könnten von den Kursen profitieren. Nach einer erfolgreichen Pilotphase könnte vielleicht auch eine Zusammenarbeit mit den staatlichen Schulen realisiert werden. Man könnte die Teilhabe der Eltern am schulischen Leben wesentlich verbessern und die Idee der Öffnung der Schulen konkret mit Leben füllen. Deshalb haben wir gefordert, dass in einem zweiten Schritt geprüft werden soll, ob und an welchen Schulen Elternseminare angeboten werden können.

Um das Ganze zu einem Erfolgsprojekt zu machen, müssen Schulen, Eltern, Kindertagesstätten, Verwaltung und Migrantenverbände an einem Strang ziehen. Dann kann das Projekt auch für Migrantenkinder eine echte Chance sein, auf der Erfolgsleiter des deutschen Bildungswesens voranzukommen.

Sabine Krieger

GRÜNE ANLAUFSTELLEN:

Stadtratsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen - rosa liste

Tel.: (089) 233 92 620

Fax: 089 233 92 684

presse@gruene-muenchen-stadtrat.de

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Fraktionsvorsitzende:

Siegfried Benker

siegfried.benker@muenchen.de

Lydia Dietrich

lydia.dietrich@muenchen.de

Büro 3. Bürgermeister

Hep Monatzeder

Tel. 233 92 482

Büroleitung:

Dr. Sylvia Franzl

www.hep-monatzeder.de

Grünes Stadtbüro:

(täglich von 15-18 Uhr)

Sendlingerstr. 47, 80331 München

Tel.: 201 44 88

Fax: 202 18 14

stadtbuero@gruene-muenchen.de

www.gruenemuenchen.de

Mitarbeiterinnen:

Annette Louis, Liane Rohen,

Petra Tuttas

Stadtvorsitzende:

Dr. Florian Roth

DrFlorianRoth@aol.com

Ulrike Goldstein

ulrike.goldstein@web.de

Grüne Jugend München:

Tel.: 211 597 20

Judith Greif judithgreif@gmx.de

Manfred Maier manimai@web.de

www.gjm.de

Inhaber und Verleger:

Stadtratsfraktion Bündnis 90/

Die Grünen-rosa liste

Marienplatz 8

80331 München

Redaktion:

Markus Viellvoye (verantwortl.),

Alexandra Weiß, Tassia Fouki,

Sabine Gehring, Herrad Meese.

Die Zeitung ist für Mitglieder der Münchner Grünen kostenlos.

Der Bezug im Jahresabo kostet derzeit

9 Euro, Einzelpreis 1, 50 Euro.

Druck:

Ulenspiegel Druck und Verlag

Besengäßl 4

82346 Andechs